

Ludwig Steiner spricht sich in Bozen für Begnadigung aller Südtirol-Aktivistern aus

Festakt für schwierigen Weg

Am 5. September vor 60 Jahren wurde der Pariser Vertrag unterschrieben. Beim Festakt im Südtiroler Landtag gab es nur Lob für das damit Erreichte.

BOZEN (ab). „Es war ein schwieriger Weg, aber wir können stolz auf das Erreichte sein“, erklärte Ludwig Steiner, Botschafter a. D., am Dienstag beim Festakt im Südtiroler Landtag. „Es war damals die richtige Entscheidung, einer Autonomie zuzustimmen. Es war ein schwieriger Weg, aber wir können stolz auf das Erreichte sein“, erklärte der damalige österreichische Staatssekretär. Er betonte auch die ausgezeichneten Beziehungen zwischen Österreich und Italien. „Wir hatten von 1961 bis 1992 über 300 Verträge mit Italien geschlossen, der in der Streitbeilegung vorgesehene Friedensvertrag war deshalb völlig überflüssig“, meinte er im Gespräch mit der TT.

Emotionales Anliegen

Südtirol war damals laut Steiner für die Österreicher ein großes emotionales Anliegen, der Vertrag, mangels Selbstbestimmung,



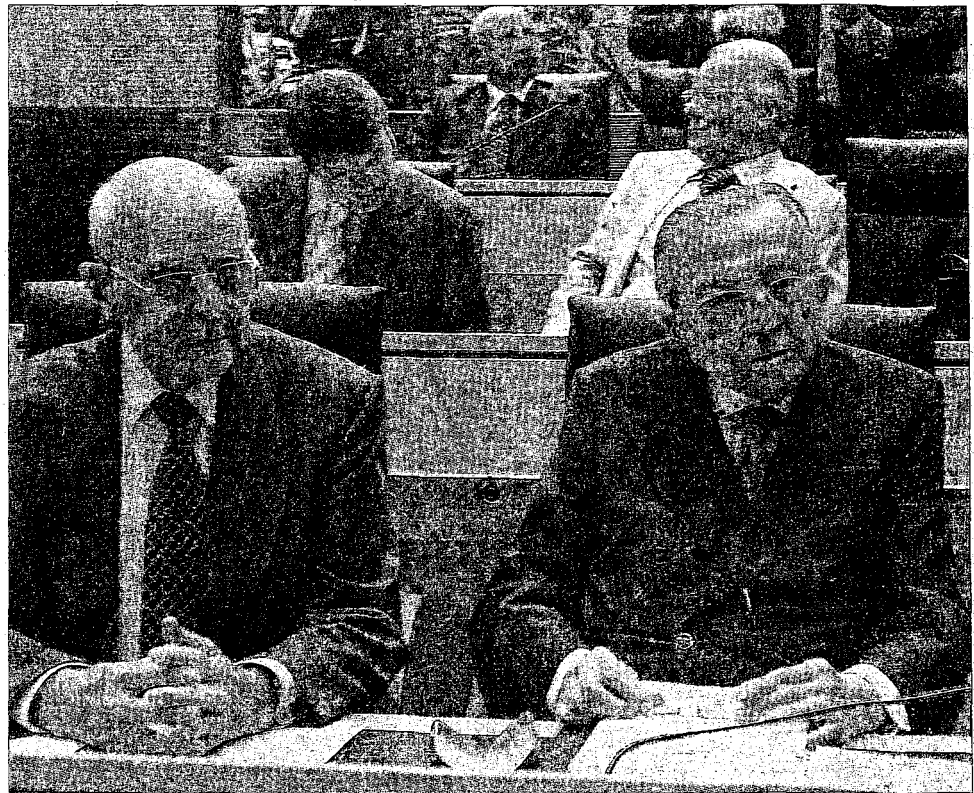
„Es gibt keinen Endpunkt für die Südtiroler Autonomie.“

LUIS DURNWALDER

Foto: Böhm

eine große Enttäuschung. Steiner ging auch auf die Attentate der 60er-Jahre ein und meinte, deren Beweggründe müssten zumindest menschlich anerkannt werden. „Nach 40 Jahren ist es an der Zeit, alle juristischen Folgen für die Betroffenen aufzuheben.“

Landtagspräsident Riccardo Dello Sbarba bezeichne-



Mehr als nur Zeitzeugen: Ludwig Steiner (l.) und Giulio Andreotti beim Festakt. Foto: Dolomiten /Garnier

te den Pariser Vertrag „als Startpunkt einer langen und schlussendlich erfolgreichen Entwicklung, ein Beispiel für eine Lösung der Konflikte durch Verhandeln“.

Für LH Luis Durnwalder ist die aus dem Pariser Vertrag entstandene Autonomie eine Territorialautonomie, wie sie im Pariser Vertrag auch angelegt sei. „Das Abkommen war der Ausgangspunkt“, meinte der Landeshauptmann, „Endpunkt gibt es keinen.“

Zeitzeuge Andreotti

Senator Giulio Andreotti, wie Steiner Zeitzeuge, gab zu, dass er damals im Pariser Vertrag einen souveränen Akt Italiens gesehen hatte. Mit der Streitbeilegung 1992, die er auf Drängen des damaligen SVP-Obmanns Roland Riz fünf Tage vor Ende seiner Regierung unterzeichnet hatte, sorgte Andreotti dann aber dafür, dass die Südtirol-Autonomie international verankert wurde.

60 JAHRE PARISER VERTRAG

Landeshauptmann Herwig van Staa: Mit dem „Pariser Vertrag“ hat zwar nicht die im Zuge der Neuordnung Europas nach dem Krieg erhoffte Wiedervereinigung Tirols erreicht werden können,



Herwig van Staa. Foto: Böhm

doch ist das anfänglich unter anderem wegen seines knappen Inhaltes vielfach kritisierte Abkommen dank des beharrlichen Willens der Südtiroler Führung und der steten und tatkräftigen österreichischen Unterstützung schließlich zur „Magna Charta Südtirols“ geworden.

Außenministerin Ursula Plassnik: Heute können

wir feststellen, dass das Pariser Abkommen im Verlaufe der Jahrzehnte durch tatkräftige Unterstützung Österreichs und in Zusammenarbeit mit den jeweiligen italienischen Regierungen schrittweise mit Leben erfüllt werden konnte. Die ethnische Existenz der Süd-



Ursula Plassnik: Südtirolerinnen und Südtiroler in ihrer angestammten Heimat ist gesichert. Südtirol hat sich wirtschaftlich, sozial und kulturell hervorragend entwickelt und ist heute in vielerlei Hinsicht ein Musterbeispiel für eine vernünftige Politik des Ausgleichs und Dialogs.



Italien: Außenministerium gegen verfassungsrechtliche Verankerung der Schutzrolle Österreichs

Khol verwundert über Roms Kritik

Dass die Schutzmacht-funktion Österreichs in die Verfassung kommen wird, empört das italienische Außenministerium.

INNSBRUCK (pn). Mit seinen Äußerungen über die Schutzrolle Österreichs für Südtirol hat Nationalratspräsident Andreas Khol in Rom für Unruhe gesorgt. Das italienische Außenministerium zeigte sich über seine Ankündigung in der *Tiroler Tageszeitung*, in Kürze Österreichs Schutzmachtfunktion für Südtirol in der österreichischen Verfassung verankern zu wollen, empört. „Ein derartiger Vorschlag, sollte er umgesetzt werden, stünde in Widerspruch zum bewährten Geist des gegenseitigen Vertrauens und der loyalen Zusammenarbeit, die die Beziehungen der beiden EU-Mitgliedsstaaten kennzeichnen sollte“, heißt es in einer Aussendung.

Khol selbst versteht die

Aufregung nicht. „Wir feiern den 60. Jahrestag des Gruber-De-Gasperi-Abkommens, das schließlich die Grundlage für die Schutzrolle Österreichs ist“, sagte er gegenüber der *TT*. Ausdrücklich lobte Khol den Pariser Vertrag, weshalb es ihm unverständlich ist, „dass man den Apfelbaum feiert und die Äpfel verdammt“. Durch die verfassungsrechtliche Verankerung der Schutzrolle Österreichs würden keinesfalls der EU-Vertrag und die bilateralen Verträge mit Italien berührt werden. Gleichzeitig verwies er auf das ausgezeichnete Verhältnis zum Nachbarstaat.

Überrascht zeigt sich der Nationalratspräsident, dass das italienische Außenministerium, von der Initiative des österreichischen Parlaments überrumpelt worden sei. „Wir haben in einer öffentlichen Sitzung des Südtirol-Ausschusses im Juli die Verankerung beschlossen.



Khol: Es besteht kein Anlass zur Kritik.

Foto: Böhm

ÖVP, SPÖ und BZÖ waren dafür, die Grünen dagegen. Auch der Wortlaut der EntschlieÙung sei veröffentlicht worden. „Der Nationalrat unterstützt bei einer Verfassungsreform die Aufnahme einer Bestimmung in die österreichische Bundesverfassung, welche die Schutzfunktion für

die österreichische Volksgruppe in Südtirol verankert. Die Beachtung der Schutzfunktion anderer Staaten für ihre in Österreich lebenden Volksgruppen (Art. 8 Abs. 2 B-VG) soll gleichermaßen in die Verfassung aufgenommen werden. Die Bundesregierung wird ersucht, in diesem Sinne vorzugehen.“

Trotzdem: Auch Italiens Senator und Ex-Ministerpräsident Giulio Andreotti bezeichnete am Dienstag in Bozen die Verankerung einer Schutzklausel für Südtirol als „überflüssig“. Seiner Meinung nach braucht es diese Verankerung aus zwei Gründen nicht: „Erstens, weil Österreich der EU angehört und wir die gleichen Rechte und Pflichten haben. Zweitens, weil es die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gibt. Die Charta von Helsinki und Paris regelt die Verantwortlichkeit der Staaten und schützt die Minderheiten und einzelnen EU-Bürger.“